



Niederschrift

81. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 16.01.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:03 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	ab ca. 17:10 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	bis ca. 17:20 Uhr
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis 18:25 Uhr
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	entschuldigt
Herr Heinzl, Horst	CDU	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Paffhausen, Herr Böhme, Herr Buchholz, Stadtwerke Potsdam
Herr Westphal, Pro Potsdam
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation
Frau Kluge, FB Ordnung und Sicherheit
Herr Richter, KIS
Frau Kosel, Personalrat
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 12.12.2007

- 2 Public Corporate Governance Kodex (DS 06/SVV/0650)
Vorlage: 06/SVV/0894
Fraktion DIE LINKE. PDS

- 3 Wirtschaftliche Zusammenarbeit der kommunalen Einrichtungen
Vorlage: 07/SVV/1018
Fraktion CDU

- 4 Gemeinsame Werkstatt für städtische Unternehmen auf dem VIP-Gelände
Vorlage: 07/SVV/1019
Fraktion CDU

- 5 Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über mögliche Verkaufszeiten an Sonntagen aus Anlass besonderer Ereignisse für das Jahr 2008
Vorlage: 07/SVV/1034
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- 6 Straßenbenennung in 14467 Potsdam (B-Plan 35.1 "Nördliche Berliner Vorstadt")
Vorlage: 07/SVV/1135
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 7 Standesamtliche Eheschließungen in den neuen Ortsteilen gemäß Vorlage: 07/SVV/0793
Vorstellung der Kriterien für die Auswahl der Orte
aus HA 14.11.2007

- 8 Mitteilungen der Verwaltung

- 8.1 Sachstandsbericht zur Ausgestaltung der Städtepartnerschaftsbeziehungen der Landeshauptstadt Potsdam im Jahr 2007
Vorlage: 07/SVV/1153
Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation

- 8.2 Bericht über das Gutachten zur Feststellung des ortüblichen Entgeltes für Erholungsgärten
Vorlage: 07/SVV/1101
Oberbürgermeister, KIS

- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 12.12.2007**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese um die zugesagte Vorstellung einer Entscheidungsgrundlage für die Sanierung bzw. den Neubau einer Schwimmhalle Am Brauhausberg zu erweitern und als Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln. Im Weiteren bitte die der Fraktion DIE LINKE, den Tagesordnungspunkt 8.2 – Mitteilungsvorlage „Bericht über das Gutachten zur Feststellung des örtüblichen Entgeltes für Erholungsgärten“, DS 07/SVV/1101 bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zurückzustellen.

Gegen die vorgeschlagenen Änderungen und Erweiterungen der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 80. Sitzung vom 12.12.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

neu **Vorstellung einer Entscheidungsgrundlage für die Sanierung bzw. den Neubau einer Schwimmhalle Am Brauhausberg**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Paffhausen und Herrn Böhme von den Stadtwerken. Herr Paffhausen erinnert in seinen Ausführungen an den in der Hauptausschusssitzung am 26. September 2007 vorgestellten 3-Stufen-Plan mit der Sanierung der Schwimmhalle (Stufe 1), dem Ausbau von vorgehaltenen Flächen zur Schaffung von zusätzlichen Angeboten wie Sauna und Fitness ((Stufe 2) und die Entwicklung des Areals „Minsk“ (Stufe 3). In diesem Zusammenhang habe der Hauptausschuss die zügige Umsetzung der Stufe 1 sowie Vorleistungen für die Stufe 2 befürwortet und die Prüfung eines Neubaus einer Schwimmhalle beauftragt. Darüber hinaus seien die Stadtwerke durch ihren Aufsichtsrat beauftragt worden, die Varianten

- Sanierung der bestehenden Schwimmhalle mit Sanierung der bestehenden Dachkonstruktion
- Sanierung der bestehenden Schwimmhalle mit Bau einer konvexen Dachkonstruktion
- Schwimmhallenneubau mit einer konvexen Dachkonstruktion

zu untersuchen und dem Hauptausschuss vorzustellen.

Herr Paffhausen verweist darauf, dass nach eingehenden Untersuchungen und Berechnungen die Standsicherheit der jetzigen Schwimmhalle bis zum 30. November 2008 gewährleistet werden könne und einer darüber hinausgehenden Fristverlängerung nicht mehr zugestimmt werde. Auf Grund dessen habe die Bauaufsicht der Stadt Potsdam die Betriebsgenehmigung einmalig bis zum 30. November 2008 verlängert. Ebenso laufe die Betriebsgenehmigung für die bade-wassertechnischen Anlagen am 30. November 2008 aus, so dass die Schwimmhalle ab 01.12.2008 geschlossen werde.

Anschließend stellt Herr Böhme per Videopräsentation die drei Varianten dar und erläutert deren Unterschiede. In die Planung der Variante 1 seien auch vorgezo-

gene Maßnahmen für den weiteren Ausbau (Stufe 2) für die Schaffung zusätzlicher Angebote, wie Sauna, Wellness und Restaurant vorgesehen, die mit 920.000 Euro zu Buche schlagen, aber gegenüber einem späteren Einbau noch kostengünstig seien, da in Stufe 1 der Einsatz entsprechender Technik möglich sei.

Im Weiteren erläutert Herr Paffhausen die Kosten:

Variante 1	-	6,94 Millionen Euro
Variante 2	-	8,24 Millionen Euro
Variante 3	-	13,5 Millionen Euro,

die Zeitschiene für die Eröffnung

Variante 1	-	11/2009
Variante 2	-	08/2010
Variante 3	-	09/2011,

die Kennzahlen, wie Wasserfläche, Nutzfläche, Tribünenplätze, Primärenergiebedarf und weitere Nutzungsmöglichkeiten sowie den Kapitaldienst, den derzeitigen Zuschuss der Stadt Potsdam sowie den Zuschussbedarf der Stadtwerke und das Betriebsergebnis mit Kapitaldienst. Er stellt fest, dass bei allen drei Varianten ein negatives Betriebsergebnis zu erwarten sei, was sich erst durch die Maßnahmen der Stufe 2 verbessern werde, wenn es eine Saunalandschaft gebe. Deshalb seien zur Erzielung eines ausgeglichenen Betriebsergebnisses der Stadtwerke weitere Zuschüsse der Stadt Potsdam nötig, die pro Jahr bei

Variante 1	-	410.000 Euro/Jahr
Variante 2	-	510.000 Euro/Jahr
Variante 3	-	910.000 Euro/Jahr betragen .

Zur Klärung der Fördermittelsituation habe man im Oktober 2007 an die ILB und das MBS Fördermittelanfragen geschickt und von beiden abschlägige Antworten erhalten.

Eine Schließung der Schwimmhalle Am Brauhausberg werde von August 2008 bis Mitte 2010 nötig sein; die Schwimmhalle Am Stern und die am Luftschiffhafen sollen als Ersatzeinrichtungen in dieser Zeit genutzt werden.

Der Oberbürgermeister macht anschließend darauf aufmerksam, dass hierzu kein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nötig sei, da der Aufsichtsrat der Stadtwerke die Entscheidung zu treffen habe, um die Aufträge auslösen zu können. Er favorisiere die Variante 1, da der finanzielle Aufwand zu berücksichtigen sei, was einen Mehraufwand für die konvexe Dachkonstruktion von ca. 1,3 Millionen Euro nicht rechtfertige. Darüber hinaus sei die Bauzeit für einen Neubau entschieden zu lang. Die veranschlagten 920.000 Euro für die vorgezogenen Maßnahmen solle man aber „in die Hand nehmen“, weil damit der Sauna- und Wellnessbereich insgesamt günstiger zu haben sei, der später auch dazu beitrage, die Effekte zu generieren.

Dem schließen sich Herr Dr. Scharfenberg, Herr Mühlberg und Frau Bankwitz an. Herr Dr. Scharfenberg meint, dass die Stadt zeigen solle, dass sie aus der Vergangenheit gelernt habe und kostenbewusst eine gut nutzbare Schwimmhalle errichten wolle. Auch wenn es keine Förderung gebe, sollte preisgünstig, aber nicht bescheiden, sondern zweckmäßig geplant werden; dabei seien die rund 900.000 Euro an Vorleistung gut angelegt. Er fragt, ob eine Schließung der Schwimmhalle noch vor August 2008 möglich sei, da im Sommer eine Nutzung sowieso nicht erfolge.

Herr Mühlberg fragt nach den Kostenauswirkungen beim Wärmebedarf der Varianten 1 und 2 und meint, dass die konvexe Dachform zwar gut aussehe, aber

unpraktisch sei. Im Weiteren verweist er darauf, dass der Bund für die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden über den so genannten Investpakt 2008 200 Millionen Euro zur Verfügung stelle; jeweils ein Drittel der Mittel müssen Land und Kommunen kofinanzieren. Das wäre eine Variante, um zumindest einen Teil der Kosten zu decken. Dazu gibt Herr Dr. Scharfenberg zu bedenken, dass die Diskussion um Fördermittel immer sehr zeitaufwendig sei und die Nutzung des Investpaktes den Zeitfaktor in den Vordergrund stellen würde. Der Oberbürgermeister betont, dass mit der Sanierung der Schwimmhalle schnellstmöglich begonnen werden solle und eine Fördermittelprüfung parallel laufen müsse.

Frau Bankwitz spricht sich dafür aus, den Wellness-, Fitness- und Sauna-Bereich nicht selbst zu betreiben, sondern zu vermieten und den Ausstattungsgrad dem Pächter zu überlassen. Dem widerspricht der Oberbürgermeister, da die Stadt das „Geld selbst verdienen“ könne, um damit die Kosten zu minimieren. Herr Paffhausen weist darauf hin, dass derzeit noch nicht klar sei, wer diesen Bereich betreiben werde und eine Entscheidung diesbezüglich noch Zeit habe. Zur Anmerkung von Herrn Dr. Scharfenberg bezüglich einer früheren Schließung führt er aus, dass es dazu keine Spielräume gebe, da die planerischen Leistungen Zeit erfordern und auch bei der Vergabe von Aufträgen eine Bindung an vorgegebene Zeiträume bestehe. Zur Frage von Herrn Mühlberg zu den Kostenauswirkungen beim Wärmebedarf erläutert Herr Paffhausen, dass sich die Unterschiede aus der Kubatur des Daches ergeben und bei Variante 2 ca. 30.000 Euro/Jahr weniger betragen.

Herr Schröder spricht sich gegen die Variante 1 aus und betont, dass seine Fraktion einen Neubau favorisiere. Schließlich würden den dargestellten Kosten nur Schätzungen zu Grunde liegen und die Risiken einer Sanierung seien vor der Freilegung der alten Dachkonstruktion nicht messbar. 30.000 Euro Kostenunterschied beim Wärmebedarf seien nicht unerheblich und die Preise werden weiter steigen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass ca. 30 Jahre benötigt werden, damit sich das rechne, was ebenfalls zu überlegen sei. Er weist abschließend noch einmal auf das negative Betriebsergebnis und auf die mit der Haushaltsberatung 2010 zu beantwortende Frage hin, wie das zu kompensieren sei. Die 2,7 Millionen Euro für den Saunabereich seien von der jetzigen Planung „abgetrennt“ und könnten Mitte des Jahres erneut diskutiert werden. Mit dem Votum des Hauptausschusses werde nunmehr der Aufsichtsrat zur Schwimmhalle beraten; der Hauptausschuss werde über den weiteren Verlauf zeitnah informiert.

Abschließend sagt Herr Paffhausen auf Nachfrage zu, den Fraktionen die Datei der PowerPoint-Präsentation zur Verfügung zu stellen.

zu 2 Public Corporate Governance Kodex (DS 06/SVV/0650)
Vorlage: 06/SVV/0894
Fraktion DIE LINKE. PDS

Herr Exner verweist auf die seitens der Verwaltung für die Februar-Sitzung der StVV avisierte Vorlage zum Public Corporate Governance Kodex, die den Stand der Diskussion in den Eigenbetrieben widerspiegele. Durch die Verabschiedung der neuen Kommunalverfassung am 18. Dezember 2007 habe sich allerdings eine veränderte Rechtslage ergeben, die eine Anpassung und Überarbeitung notwendig mache. In diesem Zusammenhang könne die DS 06/SVV/0894 mit diskutiert und ihren Eingang in die entsprechenden Anlagen finden.

zu 3

Wirtschaftliche Zusammenarbeit der kommunalen Einrichtungen

Vorlage: 07/SVV/1018

Fraktion CDU

Herr Schröder bringt die Vorlage ein und verweist darauf, dass es seitens der Verwaltung einen geänderten Beschlusstext gebe.

Herr Exner bringt diesen mit folgendem Wortlaut ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe „Gesprächskreis Beteiligungsmanagement“, bestehend aus Vertretern der Verwaltung sowie der Stadtverordnetenversammlung sowie anlassbezogen aus den kommunalen Unternehmen (insbesondere Stadtwerke, pro Potsdam und Klinikum), einzurichten, um unter anderem mögliche Vorhaben zur Ausnutzung von Synergieeffekten zwischen den kommunalen Unternehmen zu beraten.

Die Arbeitsgruppe soll Anfang 2008 ihre Arbeit aufnehmen.

Er begründet dies u. a. damit, dass die Nutzung von Synergieeffekten auch praktikabel zu handhaben sei.

Bezug nehmend auf den Vorschlag der Fraktion CDU und der Formulierung „...zwischen den kommunalen Unternehmen zu beraten und umzusetzen...“ fragt Frau Kirchner, welchen Status die Arbeitsgruppe haben soll. Herr Schröder entgegnet, dass die Hoheit der StVV nicht angetastet werde und insofern die Arbeitsgruppe auch nicht beschließen könne. Er folgt dem Vorschlag von Frau Kirchner, „...und umzusetzen.“ zu streichen.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass es eines längeren Zeitraumes bedarf, um die Arbeitsgruppe wirksam werden zu lassen und fragt unter Bezugnahme auf die bevorstehenden Kommunalwahlen, ab wann die Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufnehmen solle und welche Vorbereitungen getroffen werden müssen. Im Weiteren schlage er vor, eine Verbindung zum Hauptausschuss herzustellen und eine vierteljährliche Berichterstattung im Hauptausschuss in den Beschlusstext aufzunehmen. Dem stimmt der Oberbürgermeister zu und betont, dass noch im I. Quartal 2008 die Arbeitsgruppe „auf den Weg“ gebracht werden solle. Im Weiteren sei es sinnvoll, wenn die Fraktionen eine kontinuierliche Besetzung der Arbeitsgruppe gewährleisten und Stadtverordnete dorthin entsenden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auch wiedergewählt werden.

Frau Bankwitz betont, dass es auch Synergieeffekte geben werde, die keines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung bedürfen und sie sei optimistisch, dass auch jetzt schon Aufsichtsräte entsprechende Ideen prüfen und umsetzen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe „Gesprächskreis Beteiligungsmanagement,“ bestehend aus Vertretern der Verwaltung sowie der Stadtverordnetenversammlung sowie anlassbezogen aus den kommunalen Unternehmen (insbesondere Stadtwerke, pro Potsdam und Klinikum), einzurichten, um unter anderem mögliche Vorhaben zur Ausnutzung von Synergieeffekten zwischen den kommunalen Unternehmen zu beraten.

Die Arbeitsgruppe soll Anfang 2008 ihre Arbeit aufnehmen und vierteljährlich im Hauptausschuss berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4 **Gemeinsame Werkstatt für städtische Unternehmen auf dem VIP-Gelände**
Vorlage: 07/SVV/1019
Fraktion CDU

Herr Schröder bringt die Vorlage namens der Fraktion CDU ein und stimmt dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu, das Anliegen in der einzurichtenden Arbeitsgruppe gemäß DS 07/SVV/1018 bearbeiten zu lassen. Damit sei die Vorlage erledigt.

zu 5 **Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über mögliche Verkaufszeiten an Sonntagen aus Anlass besonderer Ereignisse für das Jahr 2008**
Vorlage: 07/SVV/1034
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Herr Schüler bringt den Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B 90 ein, die Punkte 5. und 7. zu streichen, da es sich nicht mit dem Gedanken des Schutzes der Feiertage vereinbaren lasse, an allen Adventssonntagen die Geschäfte zu öffnen.

Frau Bankwitz merkt an, dass die Vorlage den Wünschen der Händler entspreche und dazu auch eine Stellungnahme des Handelsverbandes Berlin Brandenburg e.V. vorliege, der das Anliegen unterstütze. Herr Cornelius verweist auf die in Berlin geltenden Öffnungszeiten und betont, dass eine Änderung im Sinne des Antrages der Fraktion Grüne/ B 90 kontraproduktiv sei. Der Weihnachtsmarkt in der Brandenburger Straße soll für die Händler befördernd wirken und da könne es nicht sein, dass in den Geschäften Artikel nicht verkauft werden, an den Weihnachtsmarktständen aber doch.

Herr Schüler entgegnet, dass die Stadtverordneten nicht nur den Wünschen der Händler folgen dürfe, sondern auch andere Interessengruppen zu berücksichtigen hätten. Herr Mühlberg schließt sich der Vorlage der Verwaltung an, da niemand gezwungen sei, einzukaufen zu gehen und die Wahlmöglichkeit habe, wie er die Adventssonntage verbringen wolle. Frau Kluge vom Fachbereich Ordnung und Sicherheit betont, dass das nicht nur der Wunsch der Händler sei, sondern damit auch die Besucherströme bedient werden, die Potsdam an den Adventssonntagen frequentieren. Darüber hinaus bestehe die Möglichkeit und nicht der Zwang einzukaufen. Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass man sich der Entwicklung nicht verschließen könne, da die Menschen sonst nach Berlin fahren, um einzukaufen.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister den Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B 90, Streichung der Punkte 5 und 7, zur Abstimmung, der mehrheitlich abgelehnt wird, bei 1 Ja-Stimme.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über mögliche Verkaufszeiten an Sonntagen aus Anlass besonderer Ereignisse für das Jahr 2008.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 2 Stimmenthaltungen.

zu 6 Straßenbenennung in 14467 Potsdam (B-Plan 35.1 "Nördliche Berliner Vorstadt")

Vorlage: 07/SVV/1135

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die neu entstehende Privatstraße (Planstraße 1 + 2) im B-Plan-Gebiet Nr. 35.1 – Nördliche Berliner Vorstadt in 14467 Potsdam soll benannt werden in „**Leonardo-Vinci-Straße**“.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

zu 7 Standesamtliche Eheschließungen in den neuen Ortsteilen gemäß Vorlage: 07/SVV/0793

Vorstellung der Kriterien für die Auswahl der Orte
aus HA 14.11.2007

Frau Kluge erläutert die grundsätzlichen Anforderungen an die zukünftigen Orte der Eheschließung/Begründung der Lebenspartnerschaft, die dem Protokoll als Anlage beigefügt werden. Frau Bankwitz fragt anschließend nach, warum nur historische Gebäude als Ort weiterer Eheschließungen in Betracht gezogen werden sollen und wenn das ein Ausschlussargument sei, beantrage sie die Streichung dieser Anforderung. Frau Kluge merkt an, dass dieses Kriterium der Eingrenzung der möglichen Orte dienen solle. Der Oberbürgermeister führt aus, dass die Bewerbung trotzdem zugelassen werde, wenn nur dieses Kriterium nicht erfüllt werde. Dann, so Frau Paulsen, werde sich auch keiner bewerben, denn das könne man im Vorfeld nicht wissen. Sie schließt sich dem Antrag von Frau Bankwitz zur Streichung des Kriteriums an. Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, die Formulierung „möglichst historische Gebäude“ zu wählen, dann bleibe das offen. Dem widerspricht Frau Bankwitz, denn dann würde ein Bewerber ohne historischem Gebäude einem mit historischem Gebäude immer unterliegen. Sie bittet, ihren Antrag zur Abstimmung zu stellen.

Der Antrag von Frau Bankwitz, Streichung der Anforderung „historisches Gebäude“ wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass es im April 2008 eine Berichterstattung zu den Ergebnissen der Ausschreibung geben werde.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Sachstandsbericht zur Ausgestaltung der Städtepartnerschaftsbeziehungen der Landeshauptstadt Potsdam im Jahr 2007

Vorlage: 07/SVV/1153

Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Kommunikation

Der Oberbürgermeister bittet, zur vorliegenden Mitteilungsvorlage Nachfragen zu

stellen. Herr Dr. Gunold fragt, Bezug nehmend auf das Protokoll der letzten Hauptausschusssitzung, nach, ob der Zusage des Oberbürgermeisters entsprechend eine Reaktion der Stadt Potsdam in Richtung Sansibar erfolgt sei. Frau Dr. Sommer merkt dazu an, dass es aus Sansibar selbst kein offizielles Schreiben des Oberbürgermeisters oder des Parlaments gebe, so dass eine Verständigung mit der Botschaft erfolgte und ein Ansprechpartner gefunden wurde. Nun werde ein Brief vom Oberbürgermeister der Stadt Potsdam an den Oberbürgermeister der Stadt Sansibar gehen, der die Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung und im Hauptausschuss reflektiere, aber nicht dem vorgelegtem Entwurf der BBAG entspreche.

zu 8.2 Bericht über das Gutachten zur Feststellung des örtüblichen Entgeltes für Erholungsgärten

Vorlage: 07/SVV/1101

Oberbürgermeister, KIS

zurückgestellt

zu 9 Sonstiges

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zur gegenwärtigen **Situation der Beschäftigten des Tierheims** einschließlich der Auszubildenden antwortet Frau E. Müller, dass es keine Änderung im Sachstand gebe. Davon ausgenommen sei, dass für die drei Auszubildenden eine Lösung gefunden sei, die Ausbildung fortzusetzen. Dafür geeignete Ausbildungsträger werden derzeit durch die Stadt gesucht.

Im Weiteren berichtet Herr Richter, ebenfalls auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, zum aktuellen **Sachstand „Matrosenstation Kongsnaes** und merkt an, dass entsprechend der Stellungnahme der Kommunalaufsicht ein aktualisiertes Verkehrswertgutachten eingeholt wurde, was im Ergebnis etwas „höher liege“ als das bisherige. Daraufhin habe der KIS den Bieter angeschrieben, ob er bereit sei, auch zu diesem Preis die Matrosenstation zu erwerben; eine Antwort stehe noch aus.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob die Veränderung in der Kommunalgesetzgebung, in deren Folge die Stadtverordnetenversammlung 56 Mitglieder haben werde, und die mögliche Abweichung laut neuem Kommunalwahlgesetz schon für die nächste Wahlperiode zwingend wirksam werde und ob die Stadt geprüft habe, welche möglichen Übergangsvorschriften hier greifen könnten.

Herr Exner führt aus, dass es sich derzeit so darstelle, dass die Fristenregelung im Kommunalwahlgesetz zur Abweichung von der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der StVV formelle Anforderungen habe, die auf Grund der späten Verabschiedung des neuen Gesetzes nicht erfüllbar seien. Das sei eine vorläufige Antwort; eine weitere Prüfung werde es noch geben. Auf die Nachfrage von Herrn Schüler, ob die Verwaltung davon ausgehe, dass die Einwohnerzahl von 150.000 bis zum Wahltag nicht erreicht werde, antwortet Herr Exner, dass diese Zahl nicht von der Stadt, sondern vom Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik geprüft und amtlich festgestellt werde.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass derzeit eine Übergangssituation bestehe und er um eine Prüfung beim Innenministerium bitte, wie in dieser Zeit mit den gesetzlichen Vorschriften umgegangen werden soll. Dies sagt der Oberbürgermeister zu.

Frau Kirchner kritisiert, dass bei einer Minimierung der Mitglieder der StVV die Prozenzhürde für die kleinen Fraktionen noch höher gelegt werde. Ihre Fraktion

gehe davon aus, dass 56 Stadtverordnete gewählt werden müssen. Sollte die Prüfung zu einem anderen Ergebnis kommen, werde sich ihre Fraktion rechtliche Schritte vorbehalten.